

**Rede
von**

Björn Meyer, MdL

zu TOP Nr. 7

Abschließende Beratung

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des
Niedersächsischen Besoldungsgesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen – Drs. 19/2231

während der Plenarsitzung vom 08.11.2023
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrtes Kollegium! Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Bediensteten unseres Landes leisten wichtige Arbeit. Sie tragen beispielsweise die Verantwortung für die Ausbildung an Schulen und Universitäten oder die Aufrechterhaltung unseres Rechtsstaats. Sie übernehmen infrastrukturelle Aufgaben, von denen die Menschen in unserem Land profitieren.

Dennoch erfahren sie nicht immer die notwendige Wertschätzung, die ihrer Arbeit angemessen wäre. Daher halte ich es für ein wichtiges Signal, vorerst unseren 150.000 Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter unseres Landes Niedersachsen zu sagen: „Wir möchten euch etwas bieten. Ihr seid wichtig.“ Das Angebot eines Dienstradleasings ist eine von vielen Möglichkeiten dafür.

Das Dienstradleasing hat zudem noch weitere Vorteile. Wir haben z. B. bereits über die CO₂-Einsparungen durch das Radfahren gesprochen. Gerade in Anbetracht des Klimawandels ist es sinnvoll, den Zugang zu umweltfreundlicher Mobilität steuerlich zu bevorteilen. Dabei ist es übrigens nicht so, dass nur Menschen in der Stadt von diesem Angebot profitieren. Ich habe schon in der letzten Sitzung zu diesem Thema aus meinem eher ländlichen Wahlkreis berichtet, in dem die Menschen ebenfalls gerne und viel mit ihren Rädern unterwegs sind.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir haben zur Anpassung des Besoldungsgesetzes aber auch kritische Stimmen gehört. Ein Einwand: Dies gilt zunächst nur für die Beamten und Beamtinnen des Landes. – Stimmt. Das Ziel muss sein, dass dieser steuerliche Vorteil allen Beschäftigten zur Verfügung steht. Allerdings können wir heute nur über die Besoldung der Beamten entscheiden. Die Tarifbeschäftigten müssen diese Forderung in ihren Tarifverhandlungen unterbringen.

Sollten wir also deswegen nun nicht für das Dienstradleasing für Beamte stimmen? – Nein. Eine positive Entscheidung heute hätte in Anbetracht der anstehenden Tarifverhandlungen sicher eine Signalwirkung.

Ein weiterer Einwand: Baut bitte erstmal die Fahrradinfrastruktur in Niedersachsen aus.

Klar! Wichtiger Hinweis, denn schließlich sollte das Fahrradfahren nicht an beschädigten oder fehlenden Radwegen scheitern. Das kann aber kein Grund sein, das Dienstradleasing abzulehnen. Viel eher sollte es sich hier um ein „ja und“ handeln. Ja, wir möchten das Dienstradleasing *und* wir möchten den Ausbau der Fahrradinfrastruktur.

Nächster Einwand: Der bürokratische Aufwand des Dienstradleasings bereitet einigen Abgeordneten noch Sorgen. Da möchte ich darauf hinweisen, dass große Firmen und viele öffentliche Arbeitgeber wie das Land Baden-Württemberg das Dienstradleasing schon lange anbieten und zeigen: Es geht!

Wir müssen das Rad nicht neu erfinden. Außerdem verfügt das Land Niedersachsen über eine hervorragende Verwaltung, der ich eine pragmatische Umsetzung eines solchen Leasingangebots mit all seinen Feinheiten zutraue.

Aber: Bevor wir uns mit den Details der Umsetzung beschäftigen, müssen wir das Fahrradleasing grundsätzlich beschließen. Wir müssen uns nicht den Kopf über die Spezifika von Versicherungen und Reparaturen zerbrechen, bevor wir nicht entscheiden, ob wir dieses Angebot schaffen möchten. Diese Entscheidung zu treffen, ist die Aufgabe des Parlaments.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich denke, dass ich größtenteils offene Türen einrenne, wenn ich Ihnen die Vorteile des Dienstradleasings vortrage.

Zitat DGB: „Der DGB begrüßt den Gesetzentwurf zur Änderung des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes.“

Die genannten Bedenken diesbezüglich richten sich vorwiegend auf die Frage, wie ein solches Angebot eingerichtet werden kann. Diese Bedenken – wie die Frage, ob ein E-Bike in der Dienststelle geladen werden darf – sind wichtig, aber sie müssen nicht von uns heute gelöst werden.

Die Frage, ob das Dienstradleasing sinnvoll und richtig ist, stellt sich nicht. Wir haben die Möglichkeit, den Beamtinnen und Beamten des Landes Niedersachsens ein Stück mehr verdiente Wertschätzung entgegenzubringen und gleichzeitig ein Angebot für nachhaltigere und gesündere Mobilität zu schaffen.

Außerdem können wir die Attraktivität des Landes Niedersachsen als größter Arbeitgeber des Landes steigern, ohne dabei erhebliche Mehrkosten für das Land zu verursachen. Meine Damen und Herren, es war selten so einfach, die richtige Entscheidung zu treffen.

Lassen Sie es uns einfach machen!

Herzlichen Dank.